Persönlich erstellt für: Patrick Kolbusch

Gemeinwohl-Ökonomie

# Geiz ist nicht geil

**Claude Molinaro**

Solidarwirtschaft, soziale oder partizipative Ökonomie: Es gibt mehrere Ansätze einer Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft, die nicht unbedingt im bösen Kommunismus enden müssen. Eine dieser Alternativen ist die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ), deren prominentester Vertreter, der Österreicher Christian Felber, am Mittwoch eine Konferenz zu dem Thema im Münsbacher Oikopolis-Zentrum gab.

Foto: Pierre Matgé

Predigt neue Werte für die Wirtschaft: Gemeinwohl-Ökonomie-Papst Christian Felber

Auf welchen Werten bauen Sie ihre Freundschaften auf? Sehr wahrscheinlich handelt es sich dabei um Werte wie Vertrauen, Wertschätzung, Solidarität, Treue und Kooperation. Wenn dem so ist, befinden Sie sich laut Christian Felber im Einklang mit allen anderen Befragten.

Am Mittwoch im Oikopolis machte Felber die Probe aufs Exempel und befragte die rund 70 Zuhörer, die genau diese Begriffe angaben. Den Kapitalismus hingegen brachten die Zuhörer mit genau entgegengesetzten Werten in Verbindung: Ausbeutung, Misstrauen, Geiz, Profitsucht. Auf diese Erkenntnis gestützt, hat Felber ein Wirtschaftsmodell entwickelt, das auf den Freundschaftswerten aufbaut.

Ziel der Wirtschaft soll dabei nicht mehr der Gewinn sein, sonder das Wohl der Gemeinschaft, wie es übrigens in einigen Verfassungen festgehalten ist. Die bayrische sagt in Art. 151: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl (...)“. In der Präambel der US-amerikanischen Verfassung heißt es: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet (...), das allgemeine Wohl zu fördern (...)“. Von diesen Ansprüchen ist die Marktwirtschaft jedoch weit entfernt. „Geiz ist geil“ sei das genaue Gegenteil, meint Felber.

Gewinnstreben und Konkurrenz sollen in Felbers Wirtschaftsmodell durch das Gemeinwohlstreben und Kooperation ersetzt werden. Ob eine Wirtschaft oder ein einzelner Betrieb erfolgreich ist, soll nicht mehr mittels des monetären Gewinns berechnet werden, sondern durch ein BIP des Gemeinwohls, des „bien-être“, wie er vor Monaten vom Wirtschafts- und Sozialrat vorgestellt wurde.

Wichtig in den GWÖ-Überlegungen ist die Rolle, die dem Geld in einer solchen Wirtschaft zukommt: Es soll nur als Mittel zum Zweck dienen, und nicht als Selbstzweck. Gewinne der Unternehmen dürfen nicht zur Vermögensbildung dienen, sondern müssen in die Firmen investiert werden sowie die Einkommen und die Altersversicherungen abdecken.

Unternehmen, die sich diese Prinzipien zu eigen machen, sollen rechtliche Vorteile erhalten wie z.B. niedrigere Steuern oder günstigere Kredite. Voraussetzung für Letzteres ist natürlich eine eigens dafür zu gründende „Demokratische Bank“: Anstatt Gewinne auszuschütten, sollen GWÖ-Unternehmen zinnslose Kredite gewährt werden.

## Gemeinwohl-Bilanz

Bleibt natürlich das Problem, wie man den unternehmerischen Erfolg hinsichtlich des Gemeinwohls misst. Die Initiatoren der GWÖ haben dafür eine spezielle Bilanz entworfen. Anhand von 17 Indikatoren erhält ein Produkt mehr oder weniger Punkte. Mittels einer Skala – z.B. wie die eines Energiepasses für Gebäude – kann der Verbraucher auf einen Blick erkennen, wie sehr das jeweilige Produkt das Gemeinwohl berücksichtigt.

## Ein wahrer Liberaler

In einer solchen Wirtschaft sollen auch die Einkünfte beschränkt werden. Felber schlägt eine Einkommensobergrenze des Zehnfachen des gesetzlichen Mindestlohnes vor und eine Begrenzung des Privatvermögens auf zehn Millionen Euro. Das Schenkungs- und Erbrecht will er auf 500.000 Euro begrenzt sehen.

Dass dadurch die Rechte Einzelner beschnitten werden, ist für Felber nur eine logische Konsequenz alles Vorherigen. Wenn alle die gleichen Rechte besitzen sollen, so müssen notgedrungen die Rechte einiger weniger beschnitten werden. Ferber sieht sich damit als wahrer Liberaler.

**MEHR INFOS** www.ecogood.org

## Christian Felber

... wurde am 9. Dezember 1972 in Salzburg geboren. Er arbeitet als Autor und als Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist zudem Mitbegründer von Attac Österreich, und Initiator der Projekte „Bank für den Gemeinwohl“ und „Gemeinwohl-Ökonomie“.
Mittlerweile gibt er Konferenzen über die Gemeinwohl-Ökonomie auf der ganzen Welt.
In seinem vorerst letzten Buch „Geld. Die neuen Spielregeln“, erschienen im März 2014, befasst er sich mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft.

Morgen Samstag

# Kundgebung gegen TTIP

Am morgigen Samstag den 24. Mai, also am Tag vor den Europawahlen, organisiert die Initiative „Eist Iessen – eist Liewen“ einen Protestmarsch von TTIP-Kritikern, der um 14 Uhr am Glacis starten wird.

Unterstützt wird diese Kundgebung von „Stop Tafta“, einem Zusammenschluss engagierter Bürger, die sich gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wehren.

Universität Luxemburg

# Auszeichnung für Studenten

Immer mehr Studierende möchten ihr Auslandssemester fern von Europa verbringen. Das „Global Exchange Programme“ der Universität Luxemburg und die Unterstützung der Botschaft der Vereinigten Staaten, der Botschaft Japans sowie weiterer Botschaften in Luxemburg und zahlreicher Partneruniversitäten ermöglichen solche Projekte.

Im Beisein vom Botschafter der Vereinigten Staaten in Luxemburg, Robert A. Mandell, dem kulturellen Attaché der japanischen Botschaft, Kohji Seike, Rektor Rolf Tarrach und dem Vizerektor für Organisation und internationale Beziehungen, Franck Leprévost, wurden am 20. Mai drei Gruppen von Studierenden ausgezeichnet: der Gewinner des „U.S. Embassy - U.S. Enterprise Scholarship“, die Laureaten des „Top Student Prize“ und die Studierenden, die für ein Auslandssemester im Rahmen des Global-Exchange-Programms nominiert wurden.

Das „U.S. Embassy - U.S. Enterprise“-Stipendium geht dieses Jahr an Rick Schmitz, Bachelor-Student in Wirtschaftswissenschaften, der ein Semester an der University at Buffalo im Bundesstaat New York verbringen wird. Dieses Stipendienprogramm wurde 2008 von der amerikanischen Botschaft, der Universität Luxemburg und 13 amerikanischen Unternehmen mit Niederlassungen im Großherzogtum ins Leben gerufen.

## Kanada, China, Japan, Uruguay, USA

Der „Top Student Prize“ wird alljährlich an neun der besten Studierenden der Universität Luxemburg verliehen und besteht dieses Jahr aus einer dreiwöchigen Sommerschule in Asienstudien an der Sophia University in Tokio.

Während dieser Sommerschule können die Studierenden die Grundlagen der japanischen Sprache lernen, aber auch die japanische Gesellschaft und Kultur entdecken. Die Laureaten sind Bachelor- oder Master-Studenten der drei Fakultäten der Universität Luxemburg.

Über 20 Studierende wurden schließlich nominiert, um ihr Auslandssemester im Rahmen des „Global Exchange Programme“, eines Austauschprogramms der Universität Luxemburg mit Partnerhochschulen weltweit, zu absolvieren. Die ausgewählten Studenten werden im akademischen Jahr 2014-2015 für ein Semester in Kanada, China, Japan, Uruguay oder den Vereinigten Staaten studieren.

Kommerzielle Technikerausbildung

# Der Unmut der Französischlehrer

**Michelle Cloos**

Der neue Stundenplan der kommerziellen Technikerausbildung sorgt bei den Französischlehrern für Entrüstung.

Ab der nächsten Rentrée im Herbst 2014 sollen vier Stunden Französischunterricht auf der 12e und ab 2015/2016 auch auf der 13e der kommerziellen Technikerausbildung gestrichen werden. Die Umsetzung der Reform der Berufslehre führt zu Abänderungen der Stundenpläne. Die Französischlehrer sind empört.

„Niemand war im Vorfeld über diese Änderungen informiert“, erklärt Jean-Claude Frisch, der Präsident der „Association des professeurs de français du Luxembourg“ (APFL) gegenüber dem *Tageblatt*. Von Transparenz könne in diesem Fall keine Frage sein. Frisch bemängelt zudem, dass viele Schüler bereits jetzt Schwierigkeiten mit der französischen Sprache hätten und der Wegfall von vier Unterrichtsstunden dieses Problem nicht lösen, sondern nur noch weiter verschärfen werde.

## Unterschiedliche Sichtweisen

Ganz andere Töne hört man vonseiten des Bildungsministeriums. „Die Entwicklung von Kompetenzen in der französischen Sprache gehört zu den Zielsetzungen der administrativen und kommerziellen Sektion“, heißt es in einer Pressemitteilung des Ministeriums. Deshalb sei der Französischunterricht auf 10e und 11e in der kommerziellen Technikerausbildung verstärkt worden. Der Kurs sei obligatorisch und bestehe aus vier Stunden pro Woche. In den anderen Sektionen habe der Schüler die Wahl zwischen zwei Stunden Deutsch oder Französisch. Auf 12e und 13e soll das Lernen des Französischen im Rahmen der Berufsausbildung, also in konkreten beruflichen Situationen, erfolgen. Zudem würden 20 Schulstunden unterschiedlicher Fächer auf der besagten 12e in französischer Sprache unterrichtet, rechtfertigt das Bildungsministerium die Entscheidung. Die Erklärungen können den APFL-Präsidenten nicht überzeugen.

Foto: Archiv

Der Präsident der APFL, Jean-Claude Frisch

Das Argument des Französischen als Unterrichtssprachen in anderen Fächern revoltiert Frisch sogar. „Man darf nicht vergessen, dass der Sprachenunterricht auch Inhalte vermittelt und dass durch diese schulische Bildung das kritische Denken der Schüler gefördert wird“, so Frisch.